

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarungs Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jaanowitz, 6909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 174 B

BERLIN • Mittwoch, den 27. Juli 1932

1. JAHRGANG

Der Reichskommissar für die Faschisierung der Beamten.

Die Aufgabe des 31. Juli. Um den Arbeiterflügel der Nichtwähler-Partei.

Bg. Die Nazis haben ihre Versuche, den anderen Parteien Stimmen zu entreißen, bisher immer mit recht gutem Erfolg durchgeführt, und zwar machten sie ihre Erfolge vor allem auf Kosten der bürgerlichen Parteien und — nicht zuletzt — auf Kosten der Partei der Nichtwähler. Durch die planmäßige Arbeit der NS ist die Mitgliederzahl der

Partei der Nichtwähler Deutschlands

seit 1928 von etwa 10 Millionen auf etwa 5 Millionen gesunken. Wir erkennen das aus der zunehmenden Wahlbeteiligung; diese betrug nämlich 1928 (Landtagswahlen) 76 Prozent, 1930 (Reichstagswahlen) 80 Prozent, 1932 (Landtagswahlen in vielen deutschen Ländern) 85 bis 90 Prozent aller Wahlberechtigten.

Die Nazis haben also die Hälfte der Riesenpartei nichtwählender Staatsbürger deutscher Nation mit ihrem schmierigen „Reichsbanner“ zum heiligsten Gefäß der deutschen Demokratie gemacht. Die übrige, hartnäckigere Hälfte der Nichtwähler werden die NS voraussichtlich nicht für sich erobern.

Wir behalten also wohl mindestens 5 Millionen Nichtwähler, die von den Nazis nichts wissen wollen, die aber doch nicht aus ihrer Passivität und Gleichgültigkeit heraustreten werden, solange nicht die sozialistischen Parteien von den Nazis eines lernen: Nämlich etwas zu unternehmen, um die Nichtwähler zur Urne zu bringen. Eine Gelegenheit hierzu war sehr wohl gegeben: Eine ehrliche Einheitsfront, gemeinsame Wahllisten, ein Wahlkampf ausschließlich zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr. Wir haben auf diese günstige Gelegenheit zur Aufrüttelung der Nichtwähler eindringlich hingewiesen, wir haben dafür sehr viel Anerkennung gefunden, aber nicht bei denjenigen, die zwar an der Spitze der großen Organisationen, nicht aber auf dem Gipfel der politischen Klarheit und Bereitschaft stehen. Darum bleibt es dabei, daß die übrig gebliebene Hälfte der Partei der Nichtwähler, also die Hälfte, die mit den NS nichts zu tun haben will, getreu ihren Grundsätzen zu Hause bleibt. Damit müssen wir jetzt leider rechnen, jetzt können wir daran nicht mehr viel ändern.

Aber auf eine andere Gefahr müssen wir gerade jetzt umso eindringlicher hinweisen: Aufmerksame Beobachter werden lange bemerkt haben, daß eine zweite Nichtwählerpartei nicht nur im Entstehen, sondern auch im schnellen Wachstum begriffen ist.

Diese zweite Nichtwählerpartei besteht nicht aus gewohnheitsgemässigen Nichtwählern, die einen besonders lebhaften Anstoß nötig haben, sondern sie besteht ausschließlich aus solchen Menschen, die durch die unglaublich ungetreue und kurzzeitige Politik der SP und KP fast vollständig von der Wahlurne vertrieben wurden. Diese Partei der opportunistischen Nichtwähler (der Gelegenheitswähler) hat gute Aussicht, am 31. Juli einen Mitgliederbestand von fast 1,5 Millionen zu erreichen.

Obwohl diese zweite Nichtwählerpartei praktisch für den 31. Juli ein Wahlbündnis mit der größeren Partei der prinzipiellen Nichtwähler geschlossen hat, so verdienen doch diese fast 1,5 Millionen besondere Beachtung, weil es sich bei ihnen nur um ehemalige sozialdemokratische und kommunistische Wähler handelt.

Ist das ausgedacht? Seit 1926 hat die Kommunistische Partei (von geringen Rückschlägen abgesehen) der SP immer mehr Wähler entzogen; das ging bis zur Reichstagswahl am 14. September 1930. Der Grund liegt auf der Hand: Die Arbeiter hielten die Fehler der KP für geringer als den schweren Fehler der sozialdemokratischen Politik, die sich allzusehr von der Absicht leiten ließ, zum Zwecke der Erhaltung von Staat und Nation dem Bürgertum Zugeständnisse zu machen.

So schien die Lage für die KP besonders aussichtsreich zu sein und viele glaubten, diese Partei würde noch weitere Gewinne erzielen. Das war ein Irrtum, man durfte nicht vergessen, daß viele KP-Wähler, wenn nicht gar die meisten, die KP für ein Übel, wenn auch für das kleinere Übel hielten. Diese KP-Wähler wollten in erster Linie nicht der KP Parteierfolge verschaffen, sondern den Faschismus be-

amtlich wird mitgeteilt: Der kommissarische preußische Minister des Innern hat dem preußischen Staatsministerium eine Vorlage gemacht, wonach der Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insoweit aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbietet.

Die Zugehörigkeit zur KPD und die Betätigung für sie bleibt also den Beamten verboten. Der Partei des Gelbkreuzes dürfen sie natürlich angehören, da der oberste Beamte des Reichs diese „aufwärtsstrebende“ Partei gern hat.

Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin wurde am Montag von Polizei besetzt. „Von zuständiger Stelle“ wird erklärt: es sei ein Versehen gewesen, und das Haus sei auf Anordnung vom Polizeipräsident wieder freigegeben.

Ausnahmezustand aufgehoben.

Der Reichspräsident hat folgende Notverordnung erlassen:

„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich: Die Verordnung betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg vom 20. Juli (Reichsgesetzblatt I, S. 377) wird mit Wirkung vom 26. Juli, 12 Uhr mittags, aufgehoben.“

Die auf Grund dieser Verordnung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt erlassenen Verbote periodischer Druckschriften werden hierdurch nicht berührt.“

Die Reichsregierung hat sich wohl überzeugt, daß man angesichts der „Ruhe und Disziplin“ der Arbeiterschaft auch ohne Ausnahmezustand auskommt.

kämpfen und zu diesem Zweck zum mindesten durch ihre Stimmabgabe zeigen, daß sie den sozialdemokratischen Kampf gegen die Reaktion für untauglich hielten. Als nun deutlich wurde, daß die Übernahme der Macht durch die NS in bedrohliche Nähe rückte, während die KP immer noch nicht die zur Bekämpfung des Faschismus erforderlichen und möglichen Schritte unternahm, begannen viele KP-Wähler zu zögern und zu zweifeln. Zurück zur SP? Einige taten diesen Schritt, das haben uns die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen deutlich gezeigt. Andererseits aber beharrte auch die SP bei ihren Fehlern, sodaß der größere Teil der zögernden KP-Wähler bei der Präsidentenwahl und bei den Landtagswahlen dieses Jahres zu Hause blieb: Die KP verlor an Stimmen. In den preußischen Wahlbezirken hatte die KP 1930 3,1 Millionen Wähler, 1932 nur noch 2,6 Millionen. Von diesen reichlich 500 000 kommunistischen Wählern sind nur verhältnismäßig wenige zu den Sozialdemokraten oder gar zu den NS gegangen. Daß die meisten von ihnen einfach zu Hause blieben, läßt sich sehr leicht nachweisen.

Bei den Landtagswahlen, die 1932 in fast allen deutschen Ländern stattfanden, war die Wahlbeteiligung regelmäßig dort am geringsten, wo die KP die größten Verluste gehabt hat.

Sehen wir uns beispielsweise die Ergebnisse aus den 23 preußischen Wahlkreisen an, so finden wir 10 Wahlkreise, in denen die KP (verglichen mit der Reichstagswahl 1930) durchschnittlich 3 bis 4 Prozent aller Wähler verloren hat (das ist sehr viel, da die KP ohnehin nur noch etwa 10 Prozent aller Wähler hinter sich hat), und wir finden 13 Wahlkreise, in denen die KP sich annähernd gehalten hat oder nur geringe Verluste erlitt.

In den 10 Wahlkreisen mit großem KP-Verlust ist die Gesamtwahlbeteiligung im Durchschnitt um etwas mehr als 2 Prozent zurückgegangen. In den 13 Wahlkreisen aber, in denen die KP besser abgeschnitten hat, ist die Wahlbeteiligung im Durchschnitt um reichlich 1 Prozent gestie-

AUS DEM INHALT

Das doppelte Gesicht der Papen-Regierung.
Die Diktatoren vor dem Ausschluß.
Hitler — eine Federzeichnung.
Die Geschichte eines Moralisten.
Nazis morden weiter.
Internationale Machtposition der I.G.-Farben.

Schikanen gegen das „Reichsbanner“

Wock, der Geschäftsführer des Zwickauer „Reichsbanners“, wurde wegen Waffenvergehens verhaftet.

Der Reichsbannermann Muchow in Pritzwalk (Prignitz) wurde wegen unbefugten Waffenbesitzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Strafverfolgung von Breuer und Encke.

Gegen den Reichsbannerführer Breuer und gegen den vor einigen Tagen verhafteten Polizeimajor Encke hat der Berliner Militärbefehlshaber Stranzfanziege erstattet.

Encke wird beschuldigt, sich den Anordnungen des Militärbefehlshabers widersetzt zu haben. Das Verfahren gegen ihn wird vor dem Landgericht II in Berlin zur Verhandlung kommen.

Gegen Breuer ist ein Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Das Verfahren läuft also vor dem Reichsgericht.

gen. Das heißt also: Wo die KP 3 Prozent der Gesamtwahlerschaft verliert, da ist die Gesamtwahlbeteiligung etwa 3 Prozent geringer als dort, wo die KP nichts verliert.

Praktisch hat sich also die KP-Niederlage so ausgewirkt, daß eine größere Zahl von Menschen zu Hause blieb, was natürlich nicht ausschließt, daß manche auch zu anderen Parteien gingen.

Es mag lächerlich erscheinen, sich um 3 bis 4 Prozent zu streiten, wer aber berücksichtigt, daß dabei der Anteil der KP an der Gesamtwahlerschaft schon in Preußen von 14,8 auf 11,7 Prozent gesunken ist, und zwar durch einen Verlust von mehr als einer halben Million Stimmen, wird anderer Meinung sein. Zumal wenn er die neuesten Wahlergebnisse berücksichtigt (Hessen!), wird er finden, daß dieser Gesamtrückgang von reichlich 3 Prozent inzwischen sicher noch größer geworden ist. Und wenn den kommunistischen Listen in ganz Deutschland auch nur 4 Prozent der Gesamtwahlerschaft verloren gehen, so bedeutet das bei etwa 40 Millionen Wahlberechtigten also etwa 35 Millionen Wählern einen Rückgang von etwa 4,6 Millionen KP-Wählern (Reichstag 1930) auf 3,3 bis 3,4 Millionen KP-Wähler. Das wäre ein Verlust von 15 bis 20 Mandaten.

Mit dem Verlust von mehr als einer Million Wählern muß die Arbeiterschaft rechnen, wenn diejenigen, die früher sozialdemokratisch und dann kommunistisch wählten, dann aber über die Unfähigkeit der beiden großen Arbeiterparteien in Verzweiflung gerieten, ebenso untätig zu Hause bleiben, wie es allein bei den preußischen Landtagswahlen 1932 schon 500 000 ehemals kommunistische Wähler taten.

Hier liegt unsere wichtigste Aufgabe im Wahlkampf: Es gilt, ein bis eineinhalb Millionen Verzweifelten wieder so viel Mut zu machen, daß sie wenigstens zur Wahl gehen, um den legalen Sieg Hitlers zu verhindern. Das ist nicht viel, aber es ist doch die erste Vorbedingung, um den außerparlamentarischen Kampf gegen Hitler nicht durch-

Verschärfung der Depression in der Arbeiterschaft noch schwerer zu machen.

Welche Aussicht besteht für diese Aufgabe? Die SP hatte bis vor kurzem gute Aussichten, einen nicht geringen Teil dieser verzweifelten Arbeiterwähler zurückzugewinnen; denn die Reaktion hat diese Partei in die unfreiwillige und unverdiente Opposition gedrängt und auch die Propaganda der Eisernen Front ist nicht wirkungslos geblieben. Jetzt aber hat die SP durch ihre schlappe Haltung beim Eingriff Papens in Preußen wieder sehr an Ansehen verloren. Die Arbeiterschaft rechnete mit einem Generalstreik, aber es geschah nichts anderes als der unüberlegte und unverantwortliche Hinweis, der Stimmzettel werde über die Gewalt sielen. Dieser Hinweis verhindert nicht nur die erst-haftige Vorbereitung vernünftiger Kampfmaßnahmen, sondern er ist sogar ein vorzügliches Mittel zur Verringerung der Zahl sozialdemokratischer Wähler. Die Enttäuschten gehen wieder nicht zur Wahl.

Der wiederholte (alte) Fehler der SP wird aber auch kaum der KP zugute kommen; die KP hat nämlich auch in jüngster Zeit nichts getan, was den Enttäuschten wieder Hoffnung geben könnte. Auch der 20. Juli, an dem niemand ihrer Streikparole folgte, war ein katastrophaler Ohnmachtsbeweis für sie.

Auch die SAP wird es voraussichtlich nicht fertig bringen, nennenswerten Zuwachs an der großen Zahl von fast 1,5 Millionen verzweifelter Arbeiterwähler zu gewinnen. Sie hat bereits am 24. April eine deutliche Absage erhalten.

Es ist unter diesen Umständen um so mehr unsere Aufgabe, durch dringende Ermahnungen und unermüdete Arbeit dafür zu sorgen, daß wenigstens von den ein bis anderthalb Millionen Arbeitern, die sich erst in jüngster Zeit zum Nichtwählen entschlossen haben, möglichst viele ihren Entschluß rückgängig machen,

und zum mindesten ihren Stimmzettel gegen Hitler und Papen in die Urne werfen. Diese Aufgabe mag schwer erscheinen, aber sie wird doch wesentlich erleichtert durch den (im übrigen beschämenden) Umstand, daß diese fast 1,5 Millionen Arbeiter geradezu darauf warten, daß sie die Wahl einer Arbeiterpartei wieder mit ihrem Anstandsgefühl vereinbaren können.

Arbeiten wir daran, daß hier die Verstandesgründe den Sieg davontragen!

Der russisch-polnische Pakt unterschrieben.

Der russisch-polnische Nichtangriffspakt, der am Montag nachmittag in Moskau unterzeichnet worden ist, beginnt mit folgendem Satz: „Die beiden vertragschließenden Parteien stellen den Willen zur Aufrechterhaltung des zwischen ihnen bestehenden Friedens als hervorragenden Faktor zur Erhaltung des allgemeinen Friedens fest.“

Im Artikel 1 wird erklärt, daß die Parteien auf den Krieg als auf ein Mittel der nationalen Politik verzichten.

Artikel 2 sieht die Verpflichtung vor, daß einem dritten Staat, der einen der beiden Vertragspartner überfällt, von dem anderen weder mittelbare noch unmittelbare Hilfe geleistet werden soll. Wenn einer der Partner einen dritten Staat angreift, so steht dem anderen das Recht zu, den Vertrag sofort zu kündigen.

Wir haben zu der Bedeutung eines solchen Vertrages bereits im „Funken“ vom 21. Juli ausführlich Stellung genommen. Wir schreiben: „Wenn Rußland . . . in Moskau den Pakt mit Polen unterzeichnen wird, so wird es sich nicht sagen können, daß es freie Hände nach außen hat; es gewinnt bestenfalls eine Atempause für seinen inneren Aufbau.“

Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß die japanischen Truppen nach den geforderten chinesischen Zugeständnissen die Provinz Jehol geräumt haben. Zur gleichen Zeit meldet das japanische Oberkommando von weiteren kriegerischen Fortschritten in der Mandchurei. Impanjo ist nach schweren Kämpfen vom vierten Mal von japanischen Truppen besetzt; die Verbindung zwischen Charbin und Wladiwostok ist seit mehreren Tagen unterbrochen.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Nein, zwei Kompanien, von zwei Seiten kamen sie an.“
„Wir mußten laufen, sonst hätten sie noch geschossen!“
„Die Seebataillone, diese verfluchten Sandhasen!“
„Die sollen sich erstmal Wind um die Nase wehen lassen!“
„Denen geht's noch zu gut, die haben noch nicht genug vom Krieg!“

„Aber morgen werden wir ja sehen!“
„Was ist denn morgen, auch eine Versammlung?“
„Ja, morgen, auf dem großen ‚Exer‘! Hier sind die Zettel, hol doch mal vor, Schorsch!“

Schorsch holt einen Packen Flugblätter aus einem Stiefel hervor, Bonczyk verteilt sie an den Tischen. Papendieck hält einen der kaum handgroßen Zettel dicht an die Lampe: Kameraden!

Kommt morgen, Sonntag 5½ Uhr auf den Großen Exerzierplatz! Protestiert gegen die Verhaftung Eurer Kameraden vom III. Geschwader!
Alle müssen kommen! Kein Schiff darf fehlen!

Der Matrosenausschuß.

Schorsch steht auf einem Stuhl:
„So wie 1917 darf es nicht wieder kommen. Aber allein können wir nichts machen. Darum müssen wir morgen die Gelegenheit ausnutzen! Wir versammeln uns alle auf dem ‚Exer‘, und nachher marschieren wir nach der Feldstraße und holen unsere Kameraden aus dem Bunker raus!“

„Ach, die dumme Bando, die macht ja doch nicht mit!“
„Da ist doch kein Zusammenhalt!“

„Eben deswegen, — hier die Zettel, die nehmen wir mit an Bord und legen sie den anderen in die Hängematte rein! Und morgen stellen wir uns an die Spitze!“

„Einer muß den Anfang machen!“

„Kameraden, wenn wir den letzten Dampfer noch kriegen wollen, dann wird's aber jetzt Zeit!“

„Ja, wir kommen schon!“

Die Zettel werden verteilt, auch Papendieck steckt sich einen Packen ein. Dann zahlen sie und verlassen die Kneipe.

Das doppelte Gesicht der Papen-Regierung.

Deutschlands Beitritt zum Vertrauensabkommen.

S. H. Die zwischen Frankreich und England vereinbarte „Entente cordiale“ muß nunmehr offiziell umgetauft werden auf den Namen „Vertrauensabkommen“ oder „Konsultativpakt“ („Beratungspakt“). Denn nachdem Italien sofort beigetreten war und Polen um Aufnahme ersucht hatte, sind nunmehr die Tschechoslowakei, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und Deutschland beigetreten.

Was bedeutet dieser Beitritt? Von Seiten der Mächte der Kleinen Entente nur die Bestätigung, daß sie weiter an der Seite Frankreichs marschieren wollen, was Frankreich gewiß nicht ablehnt. Freilich hat Polen mit seinem neuen Pakt mit Rußland gezeigt, daß es auch eigene Wege geht, die Frankreich zur Zeit nicht mitmacht. Frankreich hat gerade jetzt erklärt, daß ihm die Zeit noch nicht gekommen zu sein scheint, einen Nichtangriffspakt mit Rußland einzugehen. Das bedeutet sicher keine Entfremdung zwischen Frankreich und Polen; Frankreich hat unseres Erachtens gar keinen Anlaß, in dieser östlichen Allianz eine Abwendung Polens von Frankreich zu erblicken. Sie hat für Polen ganz sicherlich ihren Wert nur in dem Versuch einer Rückendeckung gegen Deutschland. Die französische Absage an Rußland bedeutet eher nur eine Geste gegenüber Rumänien, das wegen Bessarabiens noch kein Abkommen mit Rußland zustandegebracht hat.

Deutschlands Beitritt zu dem Vertrauensabkommen ist schwerlich zu erklären als ein ernsthafter Schritt, sich mit den beiden Mächten jetzt zu verständigen, deren Verhalten in Genf in den Fragen der Gleichberechtigung Deutschland noch vor wenigen Tagen veranlaßt hat, gegen das Genfer Protokoll zu stimmen. Der neue Schritt mutet vielmehr an wie ein weiteres Glied in der Gefügigkeitspolitik des Herrn von Papen.

Nachdem sich die Koalition zwischen Frankreich und England bewährt hatte — siehe Lausanne und Genf —, war es nur ein kluger Schritt dieser beiden Mächte, die mit dem Odium des Geheimabkommens belastete Entente von diesem Beigeschmack dadurch zu befreien, daß sie den Beitritt anderer Mächte, vor allem des noch in den gerade abgeschlossenen Konferenzen zurückgesetzten Deutschlands, nunmehr betreiben.

Die „Germania“ gibt der Papenschen Politik natürlich wieder eine schlechte Nummer unter der berühmten Spitzmarke: Das hätte sich Heinrich Brüning mal leisten sollen! Er hätte es sich wahrscheinlich auch nicht geleistet, obwohl mit der Brüning'schen Starrheit, die er in solchen Fragen sehr häufig und oft sehr unmotiviert gezeigt hat, auch

nicht bewiesen ist, daß er ein überlegener Unterhändler in außenpolitischen Angelegenheiten gewesen ist.

Aber was Papen anlangt, so trifft die „Germania“ doch das Richtige, wenn sie diesen Beitritt weder als einen Schritt aufrichtiger Verständigungspolitik ansieht, noch als ein Mittel, durch das sich Deutschland ein Entgegenkommen in seinen politischen Forderungen sichert. Das „Berliner Tageblatt“, das die deutsche Zustimmung freundlich bemängelt, hat wohl mit der Bemerkung recht, daß die deutsche Regierung gegenüber der Aufforderung von Seiten Englands und Frankreichs nur keinen rechten Grund mehr wußte, Nein zu sagen.

Die Gegner des neuen Kurses in Deutschland stehen zum Teil immer noch vor der Frage, wie weit hinter der Schleicherschen Politik, die durch den Namen „Unterseeboottaktik“ gut charakterisiert war, eine überlegene staatsmännische Energie steht, sobald es auf das Ringen mit einem zum Widerstand entschlossenen Gegner ankommt. Die Außenpolitik dieses Kabinetts, die man dem französisch-parlierenden Herrn von Papen anvertraut, bietet einen Anlaß, in diese Energie Zweifel zu setzen. So etwas an Wortemachen vor der Übernahme der Verantwortung und an unsicheren und haltlosem Weichen in Augenblicken der Entscheidung kann wirklich nur mit der witzigen Bemerkung Dietrichs abgetan werden, daß er und Brüning sich mit solchen Ergebnissen nicht einmal auf dem badischen Bahnhof in Basel hätten sehen lassen mögen.

Es wäre zu wünschen, daß, so wie die „Entente cordiale“ in außenpolitischen Dingen der reaktionären deutschen Regierung mit Festigkeit entgegentritt, eine gleiche Entente cordiale von Seiten aller Republikaner in innerpolitischen Fragen gebildet würde, um die Übergriffe der Schleicherschen Regierung zurückzuweisen. Die Unterwerfung, die die Preußen-Regierung in Leipzig erfahren hat, war wieder eingeleitet durch dieses vorleilige, aus Furcht und Versöhnungstaktik geborene zweite Angebot, das Bumke dann so spielend erledigen konnte. Diese republikanische Front könnte, wie wir wissen, für die Abwehr des Faschismus einen linken Flügel aufbieten, der einmal die Probe aufs Exempel zu machen imstande wäre, wie weit Herr von Schleicher standhält, wenn ihm innenpolitisch der Daumen aufs Auge gedrückt wird. Außenpolitisch hält diese Regierung jedenfalls nicht stand. Die Lehre, die sich hieraus ergibt, kann denen, die in Deutschland den Faschismus bekämpfen wollen, nicht eindringlich genug vor Augen geführt werden.

Irisches Ultimatum an England.

In der Zeitung de Valeras heißt es, Irland werde sein Angebot an England, den Streit um die Entschädigungszahlungen einem Schiedsgericht mit ausländischen Beisitzern zu unterbreiten, demnächst zurückziehen, wenn England nicht bald darauf eingehe. Irland werde in diesem Fall die Entschädigungssumme, die es bisher auf einem Sonderkonto bereithalte, zur Finanzierung seiner eigenen Landwirtschaft und anderer Wirtschaftskreise benutzen.

Die irischen Sonderzölle auf englische Waren, die vor allem Kohle, Koks, Eisen, Stahl und elektrische Maschinen betreffen, sind am Dienstag in Kraft getreten.

In einer amtlichen Erklärung wird mitgeteilt, daß eine Erhöhung der Kohlenpreise nicht zu befürchten sei, da der Import vom Kontinent aus mit Kohlen gleicher Güte und zum gleichen Preis wie den aus England bezogenen vorbereitet sei.

Der neuen Drohung Irlands, die an England zu zahlenden Summen selber zu verwenden, ist bereits wieder ein Verständigungsschritt gefolgt: Ein Vertreter des irischen Finanzministeriums ist unterwegs nach London, um Vermittlungsverhandlungen zu versuchen.

Italien scheidet aus der Interparlamentarischen Union aus.

Am Montag hat die italienische Delegation in Genf der Interparlamentarischen Union ihren Austritt mitgeteilt. Die Vertreter Italiens hatten von dem Präsidium der Union verlangt, daß der französische Abgeordnete Renaudel sich wegen seiner Angriffe auf die Morde der italienischen Faschisten, die er am Freitag in die Rede des italienischen Rechtsgelehrten hineingeschrien hatte, entschuldige oder daß er von der Tagung ausgewiesen werde. Keins von beiden ist bisher geschehen. Daraufhin sind die Italiener gegangen. — Die Konferenz, die sich mit wissenschaftlichen und speziell mit rechtlichen Fragen befassen soll, erleidet durch den Fortgang der Faschisten keine Einbuße.

Bracht beschäftigt sich zur Zeit — wie er erklären läßt — damit, festzustellen, ob auch die Abberufung von Landräten zweckmäßig sei.

Auch in Hindenburgs Namen hat Papen auf der Stuttgarter Konferenz die Erklärung abgegeben, daß die Einsetzung eines Reichskommissars für kein anderes Land in Betracht komme.

Eine halbe Stunde später legt der kleine Hafendampfer längsseits S. M. S. „Großer Kurfürst“ an. Die zurückkommenden Urlauber steigen das Fallreep hoch, geben dem oberstehenden Posten ihre Urlaubskarte ab und gehen nach vorn in die Kasematten. Papendieck, der von Wilhelmshaven kommt und einige Wochen nicht an Bord war, muß sich beim wachhabenden Offizier zurückmelden. Auf der Steuerbord-schanze findet er ihn, den Oberleutnant Freiherrn von und zu Guteneck.

„Matrose Papendieck meldet sich an Bord zurück!“
„Wo kommen Sie denn her?“
„Aus Wilhelmshaven!“

Der Ton des Offiziers wird schärfer:
„Was haben Sie da gemacht?“
„Ich komme aus dem Arrest!“

Dem Freiherrn fällt der Tagesbefehl ein, der auf „die ernstesten Geschehnisse in der letzten Zeit in der Flotte“ hinweist und von den Vorgesetzten ein „wohlwollendes, helfendes Eingehen auf alle Sorgen und Tagesnöte der Untergebenen“ verlangt.

Und er fragt:
„Haben Sie Hunger?“

Papendieck starrt den Offizier an. Er begreift den Sinn der Frage nicht gleich, er glaubt, daß er zu einer unvorsichtigen Entgegnung verleitet werden soll. Er denkt auch an die Flugzettel, die er bei sich trägt, und schweigt.

„Na ja, seien Sie doch nicht so schwerfällig, nun sagen Sie schon, was Sie wünschen! Wollen Sie Butter und Wurst, oder wollen Sie lieber Speck haben?“

Papendieck zögert, dann antwortet er:
„Butter und Speck, Herr Oberleutnant!“

Der Oberleutnant schreibt ein Ticket aus:
„Da, gehen Sie damit zum Bottelier! Er soll Ihnen den Proviant sofort aushändigen!“

Papendieck schlägt die Hacken zusammen, macht eine stramme Kehrtwendung und geht nach mitschiffs in die Proviantlast hinunter. Er erhält trotz der späten Stunde noch Butter und ein Stück Speck.

Damit geht er in die Kasematte.

Die Hängematten sind schon ausgespannt. Eine Anzahl Matrosen sitzen noch darunter und unterhalten sich leise über die letzten Ereignisse an Land. Papendieck geht mit seinem

Proviant unter die Lampe. Er riecht an dem Speck und kostet die Butter, dann schüttelt er langsam den Kopf: „Tatsächlich, der Speck ist in Ordnung und richtige gute Butter! Jetzt glaube ich wirklich, daß es ‚soweit‘ ist!“

Der nächste Tag ist ein Sonntag.
Mittags: „Beurlaubte Musterung!“
Hafendampfer und Motorbarkassen, die vollbesetzte Boote hinter sich herschleppen, bringen die von den Schiffen Beurlaubten an Land.

Auf den Landungsbrücken dasselbe Bild wie immer. Da stehen Mädchen und winken den näherkommenden Booten schon von weitem zu. Die Fahrzeuge legen an den Brücken an und machen fest. Truppweise springen die Matrosen an Land —, flatternde Mützenbänder, erste Garnitur, blau. Die Matrosen zählen nach Hunderten, die auf der Brücke wartenden Mädchen nur nach Dutzenden. Die wenigen, die eines der Mädchen begrüßen können, tun mächtig stolz gegenüber den Kameraden, die Bemerkungen hinter den Paaren her machen.

„Die Blonde da, die sieht vielleicht keß aus!“
„Flete hat sich aber einen Feger angeschafft!“
„Und die mit dem Ali. — klein, aber oha!“

Bis der nächste Dampfer anlegt, neue zweihundert oder dreihundert Mann an Land setzt und das Bild sich wiederholt, sind die ersten schon in dem angrenzenden Stadtviertel verschwunden. Wie immer stehen Zigarettenhändler auf den Brücken herum. Heilsarmeeschwesterinnen bieten den „Kriegsru“ an. Wie immer streifen Matrosenpatrouillen mit umhängtem Gewehr im Gänsemarsch durch die Straßen des Hafenviertels. Nur werden sie nicht mehr so exakt wie früher von den Vorbeikommenden begrüßt. Die Patrouillenführer halten auch niemand mehr wegen unmillitärischen Grüßens an. Sie sehen darüber hinweg, daß einzelne Matrosen nicht vorschriftsmäßig angezogen sind, daß sie ihre Mützen im Genick tragen oder die Hände in den Hosentaschen behalten. Und noch etwas ist anders als sonst, aber das scheint bedeutungslos und wird kaum bemerkt. Die Patrouillen werden nur noch von Deck- oder Unteroffizieren, keine mehr von einem Seeoffizier angeführt, Ueberhaupt ist in der Stadt, die sonst von Marinoffizieren wimmelt, an diesem Sonntag kaum einer zu sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Hitler, eine Federzeichnung.

Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ veröffentlicht in seinem Blatt eine Reihe von Artikeln zu dem Thema „Deutschland vor den Wahlen“. Er beginnt seine Reihe mit einer „Federzeichnung“ Hitlers, der außerdem eine außerordentlich aufschlußreiche Photographie dieses deutschen Führers beigegeben ist.

Die Zeichnung.

„Hitler ist ein dunkelhaariger Mann von mittlerer Größe mit kleinen, braunen Augen, die unruhig, beinahe scheu, hin- und herwandern. Seine Züge sind weich und plump. Seine merkwürdig zurückspringende Oberlippe ist unter einem kleinen, kurzgehaltenen dunklen Schnurrbart versteckt, der ein wenig dem von Charlie Chaplin ähnelt. Wenn Hitler nicht gerade in großer Rednerpose ist oder sonst einen feierlichen Akt vollzieht, macht er sich durch den Fächistengruß bemerkbar. Dieser vollzieht sich so, daß auf eine leichte und kunstvolle Weise der Handrücken über die Schulter nach hinten geworfen wird; danach wird der Arm lose gesenkt.

Wenn er plötzlich durch irgend ein Ereignis überrascht wird — sei es durch das vorzeitige Eintreffen seines Flugzeugs, durch die unerwartete Frage eines Interviewers oder eine politische Schwierigkeit, die einer raschen Entscheidung bedarf —, so ist Hitler ganz verwirrt und unsicher und äußert, falls er etwas sagen muß, irgend was ganz Vages oder völlig Nichtssagendes. Daher lehnt er es wohl auch ab, obgleich er oft durch Zwischenrufe dazu herausgefordert wird, sich mit seinen Gegnern in der Debatte zu messen.

Aber wenn es die Stunde erfordert oder auch nur erlaubt, so hält er eine Rede und zwar gleich mit einer so dröhnenden Stimme, als wenn er vor einem Riesensaal Auditorium spräche. Er ist sicherlich nur er selber, wenn er vor einem Publikum steht, sei es vor einem wirklichen oder einem eingebildeten. Er lebt in einem unbestimmten, sich hin- und herschiebendem Grenzgebiet, das zwischen Traum und Wirklichkeit liegt. Die Realität selber war niemals seine Sache, wenn er sie auch gelegentlich blitzartig erfährt; dann sogar mit einer gewissen Präzision, vor allem, wenn die Wirklichkeit eine unmittelbare Gefahr oder eine ungewohnte oder unvorhergesehene Verantwortung einschließt.

Kein Charlatan, aber —

Er ist kein Charlatan in dem Sinn, daß er ein bewußter Schauspieler wäre. Seine unwahrhaftige Haltung entspringt

nicht einer vorsätzlichen Verlogenheit. Obwohl er gewiß nicht ohne Verschlagenheit ist, so ist er doch eher primitiv als subtil. Wenn das, was er sagt, ganz offenbar unwahr ist, so ist er sich dieser Unwahrhaftigkeit selber nicht voll bewußt, jedenfalls nur in sehr verschwommener Weise. Er ist Oesterreicher, darum verstehen ihn die Deutschen eigentlich auch nicht — er ist von einer gewissen Fremdartigkeit umhüllt, von einem Zauber, der seinen Appell an sein deutsches Publikum beschwingt! (In Oesterreich, wo es unzählige Hitlers gibt, übt er keinerlei Macht auf die Massen aus.) Die Illusionen, an die er schon vorher halb glaubt, werden in demselben Augenblick für ihn und seine deutschen Hörer volle Wirklichkeit, wo er zu sprechen beginnt. Er und seine Hörer sind dank der ökonomischen und seelischen Zuckungen, denen sie ausgesetzt sind, auf eine geradezu mystische Weise auf einander abgestimmt. Wenn er seinen Mund aufmacht, so wirkt es, als wenn der Vorhang aufgeht und der Bühnenschauspieler einsetzt.

Er hat eine sonore Stimme. Es ist etwas darin von dem Vibrieren des Baritons. Er steht vorn auf der Tribüne und erklärt mit tönender, kathedralhafter Feierlichkeit, daß die Dunkelheit verschwinden wird, wenn die Sonne erscheint, und daß da, wo die Schatten am tiefsten sind, das Sonnenlicht am hellsten strahlt! — Und sein Publikum rast vor Begeisterung.

Einige seiner lapidaren Sätze sind von seinen Bewunderern gesammelt und veröffentlicht worden. Die nachstehenden Äußerungen sind einer kleinen Sammlung entnommen, die Gregor Straßer, einer seiner klügeren Jünger, zusammengestellt hat. Sie mögen hier abgedruckt werden als Zeugnis von Hitlers reifer und origineller Denkarbeit.

„Der Jude ist ein Parasit.“

„Es gibt keinen noch so großen Fluch, kein noch so schweres Uebel, das nicht durch Kraft, Entschlossenheit und äußersten Mut gebrochen werden könnte.“

„Extreme müssen durch Extreme überwunden werden.“

„Es ist einer der verbreitetsten Irrtümer unserer Zeit, die Dinge so zu betrachten, als ob das Leben des Individuums und sein Glück oder Unglück nicht mit dem Leben der Gemeinschaft verknüpft wäre.“

„Widerstände sind da, nicht um ihnen Resignation entgegenzustellen, sondern um sie zu überwinden.“

„Es kommt in dieser Welt auf nichts anderes an als auf Rasse; alles andere ist Blech.“

„Der Jude hat keine künstlerischen Fähigkeiten.“

essen Realität besitzen. Diese Psychologie des Materialismus ist längst als falsch erwiesen worden. Nelson hat auch die Ursache des Irrtums aufgedeckt: sie liegt in der Tatsache, daß die Vernunft ursprünglich dunkel ist und daß die Kraft der Vernunft, diese eigentliche Kraft der menschlichen Natur, wohl in jedem einzelnen Menschen schlummert, daß sie aber durch geistige Knebelung, ungenügende Verstandesbildung oder Denkfaulheit vielfach am Erwachen zum Selbstbewußtsein gehindert wird.

Während es die Aufgabe des Dichters wäre, die tief im Menschen verborgenen Vernunftkenntnisse durch die Kraft des Wortes und der Phantasie den Mitmenschen ins Bewußtsein zu rufen und so die rechtliche Wahrheit zu einer lebendigen und bewegenden Kraft ihres Lebens zu machen, gilt es heute als klug und tief, die menschliche Natur als ein Chaos sinnlicher Triebe darzustellen. Vernunft und Verantwortung gelten nur als eingebildeter geistiger Ueberbau, der von dem „Moralisten“ lächerlich ernst genommen wird, von den Adepten der Tiefenpsychologie jedoch längst als höheres Blech entlarvt ist. So wird die Welt zum Bordell, zu einem Kabarett von Larven, Huren und Narren, an dessen Eingang die Worte stehen: „Immer herein in die Gummizelle!“

„In der perversen Sensation dieser Entbundenheit (von Vernunft und Verantwortung. —cl.) schweigt das durch seine eigenen Dichter und Denker im buchstäblichen Sinn des Wortes entmenschte Zeitalter — sei es unter der sublimen Maske religiöser Demut, in der affektierten Wertblindheit weicherlicher Liebesapostel, sei es im offenen Zynismus jener Selbstverhöhung, wie sie sich in dem ohnmächtigen Wutschrei eines deutschen Journalisten Luft macht: ‚Verflucht sei Gott, daß er uns den Verstand gegeben hat.‘“ (Nelson.)

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Eisenach: Mittwoch, 27. Juli, 20.15 Uhr, im Gasthof „Urania“, Annastraße. Thema: „Die politische Lage der Arbeiterschaft! Was ist zu tun?“

Hannover: Mittwoch, 27. Juli, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: „Gewaltstreik in Preußen! Was tun wir am 31. Juli?“

Köln: Freitag, 29. Juli, 20.15 Uhr, Coloniabaus, Aachener Str. 5, I. Thema: „Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?“

Freie Aussprache! Eintritt freil!

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
.....
Str. und Hausnummer	

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Hitler ist kein großer Schriftsteller und will es auch nicht sein. In der Vorrede seiner Lebensbeschreibung „Mein Kampf“ gesteht er voller Bescheidenheit, daß große Bewegungen mehr durch große Redner als durch große Schriftsteller gemacht worden sind.

Zuweilen steigt er nach oben auf die Tribüne und steht eine Weile da, in Schweigen versunken. Dann ist es, als wenn ein Bann über seinen atemlosen, erwartungsvollen Hörern liegt. Langsam hebt er seinen Blick und richtet ihn auf irgend etwas, weit hinten am Ende des Saales — auf etwas, was nicht da ist. Dann hebt er langsam seine Hand, ausgestreckt zeigt sein Arm auf jenes ferne Etwas, und dann bricht seine Stimme los, tief hinabfallend in einen heißen Zorn: „Ihr ausgehungerten Arbeiter, wer hat euch alles geraubt?“

Antwort wie auf Verabredung von einer Stimme aus der Zuhörermenge: „Die Juden.“ Und dann heult und schreit das ganze Publikum: „Die Juden, die Juden!“

Die Massenerregung, auf diese Weise aufgepeitscht, wird dauernd von ihm eingefangen und fieberhaft gesteigert. Er schleudert seine Verachtung über die Fremdstämmigen, über die Novemberverschreiber, über die Pazifisten und — in nicht-katholischen Gegenden beteuert er seine Anhänglichkeit an die Religion und trifft Vorkerkungen, daß er beim Verlassen einer Kirche fotografiert wird.

Deutschland, — so schreit und schrillt er mit immer wilder werdenden Handbewegungen, — hatte den Sieg in der Tasche, aber es wurde durch die marxistischen Verräter erdolcht. Sie haben herumgetreten auf seinem ausgemergelten Leib und haben es wie Blutsauger unter Beihilfe des internationalen jüdischen Kapitals in seinen gegenwärtigen Niedergang hineingejagt. Aber die Stunde der Befreiung schlägt; denn, wie die Sonne, die die Dunkelheit vertreibt, wird die von „ihm“ geschaffene unwiderrstehliche Bewegung das marxistische Gesindel hinwegfegen, ihre Führer des Hochverrats anklagen („Köpfe werden rollen“) und die Juden nach Galizien zurückexpedieren, von wo sie gekommen sind.

Dann wird das Dritte Reich gegründet werden und ein neues Deutschland wird, unter der Führung der Männer aus nordischer Rasse (Rasse ist alles), voll ausgerüstet die verlorenen Gebiete zurückerobern und den Frieden von Versailles in Fetzen reißen — hoch und herrlich wird es dastehen, über allen Völkern!

Inzwischen ist das Publikum zu delirierender Ekstase hochgestachelt worden.

Es ist zu einer Lynch-Menge geworden, die in Gedanken schießt, hängt und köpft. Alle Triebe, die in der menschlichen Natur schlummern oder durch die vielfachen Hemmungen und Wegweiser der Zivilisation niedergehalten oder umgebogen werden, sind entfesselt und durch diesen österreichischen Agitator zu kochender Wut gesteigert worden.

Geladen mit Aufschwung und wilder Erregung, wie es bei Hitlers Reden der Fall ist, sind alle seine Worte von einem unveränderlichen Grundton getragen, der sie durchweg durchdringt — dem des „Ich“. Ich gründete die Bewegung. Ich machte sie zu dem, was sie ist; Ich kämpfte und werde weiterkämpfen; Ich allein machte es — Ich, Ich und wieder Ich.

Niemals argumentiert er oder geht ein auf Argumente. Auf Kritik antwortet er rein mit Gefühlen. Seine Erwiderungen sind fast immer heftig, denunzierend — oft sind sie verlogen. Er sagt und verspricht alles, was die Situation fordert. Als seine Sturmabteilungen verboten waren, war dies auf Geheiß von Frankreich geschehen. Als dies zurückgewiesen wurde, erklärte er, er habe so was nie gesagt. Als Zeugen auftraten, die seine frühere Behauptung bestätigten, hüllte er sich in stolzes Schweigen.

Als die bayrische Regierung 1923 einen bewaffneten Aufstand fürchtete und er auf seine Pläne angesprochen wurde, fuhr er auf und versicherte dem bayerischen Innenminister Schweyer:

„Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, Herr Minister, daß ich niemals einen Putsch machen werde.“

Der Aufstand, von Hitler vorbereitet und geführt, brach los. Am 8. November, bei den letzten Vorbereitungen, sagte der bayrische Oberst Seißer zu ihm: „Sie haben Ihr Versprechen, nicht zu putschen, nicht gehalten.“ Woraufhin Hitler: „Gewiß, das stimmt. Aber es geschah um des Vaterlandes willen. Verzeihen Sie mir.“ Am gleichen Abend erklärte er: „Der morgige Tag wird uns tot sehen — oder die Nationale Regierung in Deutschland am Leben.“

Am folgenden Morgen führten er und Ludendorff ihre schwerbewaffneten Leute durch die Straßen Münchens. Der Putsch brach unter den ersten Schüssen der bayerischen Polizei in der Schlächtereier von Lüttich bewiesen hatte, zeigte ihn wieder. Stolz marschierte er, in schwarzem Ueberrock und Zylinder, quer durch die Reihen der Polizei. Hitler war verduftet — erst sieben Tage später hörte man wieder von ihm. Deutschland erhielt keine „Nationale Regierung“, und Hitler war nicht tot. Aber sein Buch „Mein Kampf“ widmete er den Sechzehn seiner Getreuen, die gefallen waren, während er und die anderen — ausgerückt waren.“

Eine Stimme der Selbstkritik. Zum 20. Juli.

Nie wieder „hineinwachsen“! Unter dieser Ueberschrift schreibt die freigewerkschaftliche „Welt am Montag“ unter anderem folgende treffende Sätze über den Kampf um die Macht:

„Kein Wort hat in den letzten Tagen grausamer Schiffbruch gelitten, als das früher auf der Linken so oft gehörte Wort, daß man allmählich in den Staat hineinwachsen...“

Und dann kam, als augenfälligstes Beispiel für die mögliche Plötzlichkeit von Rückrevidierungen im Staatsleben, der 20. Juli, an dem innerhalb eines kurzen Vormittags zerstört wurde, was in vierzehn Jahren aufgebaut worden war.

... widerlegt allerdings ein für allemal ist die Theorie, daß es im Staatsleben, wie in der Natur, die Gewißheit eines allmählichen Fortschreitens, die Gewißheit eines organischen Wachstums gebe. Erfolge, die in einem Jahrzehnt errungen wurden, können in Stunden restlos verloren werden.

Hinweg mit einer läppischen Redewendung, die es darstellt, als geschehe von allein, was erkämpft sein will. Man wächst nicht in die Macht. Man muß sich ihre Grundlagen täglich neu erobern.“

Die Geschichte eines Moralisten?

—cl. Erich Kästners Roman „Fabian. Die Geschichte eines Moralisten.“ (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1931, 333 Seiten, brosch. 4,50 Mark, in Leinen 5,75 Mark) gilt als eines der schönsten und besten Bücher, die in den vergangenen Jahren auf den Markt kamen. Das Buch ist glänzend geschrieben, ist treffend in der Charakteristik einzelner Typen unserer Zeit und in der Darstellung der Wirtschaftslage. Kästner kennt die kapitalistische Welt und ihre Steigbügelhalter, er kennt sie besser als viele linke Schriftsteller. Mehr: er ist in Einzelheiten ein fabelhafter Psychologe und ein Dichter zugleich. So zum Beispiel bei der Geschichte mit dem Aschenbecher.

Fabian kommt in ein Warenhaus. Da hat gerade ein kleines Mädchen versucht, zu Vaters Geburtstag einen Aschenbecher zu stehlen. Es wurde erwischt, sollte angezeigt werden u. s. w. Fabian bringt die Sache in Ordnung und erzählt zum Schluß dem Kind als guten Rat eine kleine Geschichte:

„Hier hast du deinen Aschenbecher“, sagte er. „Aber paß gut auf, daß er nicht entzweigt. Es war einmal ein kleiner Junge, der kaufte einen großen Kochtopf, um ihn seiner Mutter am Heiligen Abend zu schenken. Als es soweit war, nahm er den Topf in die Hand und segelte durch die halb offene Tür. Der Christbaum schimmerte großartig. Da, Mutter, da hast du ..., sagte er und wollte sagen: Da hast du den Topf. Es gab aber einen Krach, der Topf zerbrach an der Tür. Da, Mutter, da hast du den Henkel, sagte der Junge nun, denn er hatte nur noch den Henkel in der Hand.“

Das kleine Mädchen sah zu ihm auf, hielt das Paket mit beiden Händen fest und meinte: „Mein Aschenbecher hat ja gar keinen Henkel.“

Das ist reine Poesie. Solche Stellen sichern dem Buch den Ruf besonderer Qualität. Um so gefährlicher ist die ganze Tendenz des Werkes.

Wir sprechen von Tendenz, obwohl das Buch alles eher ist als ein Tendenzroman, obwohl Kästner in seiner todtraurigen Ironie jedes sittliche Urteil und alle die Folgerungen, die sich aus den Erlebnissen seiner Romanfiguren ergeben, schnellstens wieder ironisiert. So läßt er Fabians Freund Labude, der klar die Aufgaben eines rechtlich denkenden Menschen inmitten der heutigen Welt erkannt hat, wegen einer lächerlichen Einbildung durch Selbstmord umkommen. Und Fabian selber geht zu Grunde, indem er zur Rettung eines in den Fluß gefallenen Jungen ins Wasser springt: „Der kleine Junge schwamm heulend ans Ufer. Fabian ertrank. Er konnte leider nicht schwimmen.“

Und diese Charlie Chaplin-Figur des Fabian, dieser empfindsame Freund der Gerechtigkeit, dieser Zauderer, der nie zum Handeln kommt, der wie ein Chirurg „die eigene Seele aufschneidet“, dieser „Fachmann der Planlosigkeit“ wird von Kästner als der Moralist serviert. In dieser Diskreditierung des Moralisten zu einem weltfremden Idealisten und lebensuntüchtigen Phantasten liegt eine Beloidigung der Menschen, die sich in ihrem Handeln von einem idealen Ziel leiten lassen. Und die angebliche Lebensweisheit, daß „Vernunft und Macht sich nie heiraten“ werden, macht das Buch — gerade wegen seiner gesellschaftskritischen und linken Einstellung — zu einer Tendenzschrift des Pessimismus.

Kein Wunder, wenn die Welt in diesem Buch wie ein Bordell anmutet, wie ein Saustall perversester Sinnlichkeit! Denn die Lebens- und Menschenkenntnis Kästners beruht auf der Voraussetzung der nur sinnlichen Natur des Menschen, wonach ein rein vernünftiger Antrieb für das menschliche Handeln unmöglich ist und nur die sinnlichen Inter-

Wieder zwei Arbeiter durch Nazis ermordet.

Köln:

Nach einer Mitteilung der Polizei entstand am Dienstag früh gegen 1 Uhr auf dem Neumarkt zwischen uniformierten SA-Leuten und politisch Andersdenkenden eine Schlägerei, bei der laut Polizeibericht ein Nationalsozialist auf seine Gegner schoß. Ein angeblich parteiloser Arbeiter wurde durch einen Nackenschuß schwer verletzt und starb kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Drei Nationalsozialisten wurden festgenommen. Man fand bei ihnen noch eine mit vier scharfen Patronen geladene Pistole, einen Gummiknüppel und ein Pistolenmagazin mit zwei Schuß.

Breslau:

„T. befand sich am Sonntag früh auch bei einem Nazi-
trupp, der mit offenen provokatorischen Absichten die Fried-
rich- und Seydlitzstraße durchzog. Es dauerte nicht lange
und sie entdeckten zwei KPD-Genossen, die aus dem Lokal
„Das weiße Rößel“ kamen.

Die Nazis gingen auf sie zu und grüßten mit „Rot Front“.
Nichtsahnend erwiderten die beiden Arbeiter den Gruß ihrer-
seits mit „Rot Front“. Darauf stürzte sich die Horde Nazis

mit dem Rufe „Messer raus!“ auf die beiden KP-Genossen und
mißhandelten sie in geradezu viehischer Weise. Der eine wurde
durch einen Messerstich (wahrscheinlich Lungenstich) so
schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus eingeliefert werden
mußte. Er ist heute morgen seiner Verletzung erlegen.“
(Bericht der „SAZ“)

SA-Terror nicht nur in Preußen!

„Der letzte Sonntag vor den Wahlen ist in Braunschweig
recht blutig verlaufen. In der Stadt Braunschweig überfielen
SA-Leute den zumeist von Republikanern bewohnten Bebel-
Hof, um dort angebrachte Wahlschilder und Fahnen zu zer-
reißen. Unter den Augen der Polizei verübten die bewaff-
neten Horden Terror und Landfriedensbruch. Träger des Ab-
zeichens der Eisernen Front wurden blutig geschlagen.

Fünf Reichsbannerangehörige wurden schwer verletzt. Als
die bedrängten Anwohner abends Reichsbannerkameraden zu
ihrem Schutze holten, nahm die Polizei Massenverhaftungen
vor und setzte 84 Mann fest, die am Montag wegen „verbotener
Versammlung“ vor den Schnellrichter kommen sollen.“
(„Berliner Tageblatt.“)

nationalsozialistischen Partei. Man könne in das Stutt-
garter Gelöbnis der Reichsregierung also nur so viel Ver-
trauen setzen, als man ihr noch einen selbständigen politi-
schen Willen gegenüber dem Nationalsozialismus zuerken-
nen wolle. (Wieviel also? Darauf gibt folgender Satz eine
indirekte Antwort. Red.) Auch nach Stuttgart habe die
Klage der bayerischen Staatsregierung ihre ungeschmälerte
Bedeutung.

Im übrigen verlangt die „Bayerische Volkspartei-Korre-
spondenz“ dringend die Schaffung eines Ausführungs-
gesetzes zum Artikel 48, das dem mißbräuchlichen und
dauernd umstrittenen Gebrauch des Artikels 48 ein Ende
bereitet.

Das Bündnis von Harzburg. Zwei Stüblüten aus deutschnationalen Wählreden.

Aus einer Wahlkundgebung der DNVP in Wittenberge:
Sozialismus bedeutet Lähmung und Erstarrung. Neben das
heiße Wollen des Nationalsozialismus gehört das besinnliche
Können der DNVP.

Oldenburg-Januschau in der hannoverschen Heide: Der
Nationalsozialismus, dessen widerspruchsvolle Haltung in Preu-
ßen und dessen zunehmende Entwicklung man nur mit ernster
Sorge verfolgen könne, ... Oldenburg und Mecklenburg-
Schwerin, wo jetzt rein nationalsozialistische Regierungen
sind, zeigten deutlich den Zwiespalt zwischen Versprechen
und Erfüllung. ... Nur eine starke deutschnationale Volk-
spartei könne weitere sozialistische Zersetzungen verhindern.

Hat Herr Hugenberg vergessen, die Wählredner seiner
Partei darüber zu unterrichten, welche Politik die DNVP dem
ehemaligen Verbündeten gegenüber einschlagen wird?

Segen des Naziregiments:

Nehmt den Witwen — gebt's den Polizisten!

Die Mecklenburg-Strelitzer Staatsregierung hat im Rah-
men des in der letzten Landtagssitzung verabschiedeten Er-
mächtigungs-gesetzes eine Verordnung erlassen, die eine
weitere Gehaltskürzung für die Staatsbeamten, Angestellten,
Ruhestands- und Witwenbezüge bringt. Nach der Verord-
nung werden ab 1. August die Dienst- und Versorgungs-
bezüge der Staatsbeamten sowie der Staatsminister neben
den bisherigen Kürzungen um weitere 2½ Prozent herab-
gesetzt. Für Ledige und Kinderlose erhöht sich die Kür-
zung auf 5 Prozent. Der Kürzung unterliegen außerdem
Wartegelder, Fürsorgebezüge, Übergangsgelder, Ueber-
gangsgebühren, Ruhegehälter.

Witwen- und Waisengelder

sowie Kapitalabfindungen; desgleichen die entsprechenden
Bezüge der Angestellten, Kinderbeihilfen, Aufwandsentschä-
digungen, Kinderzulagen und Wohnungsbeihilfen.

Die Versorgungsbezüge der Polizeibeamten werden da-
gegen von der Kürzung nicht betroffen.

Diese Maßnahme ist bis zum 31. März 1933 vorgesehn.

Kein Geld für eine Schule.

Die Schule in Strohen (Prignitz) wurde geschlossen,
weil die Gemeinde die Unterhaltungskosten nicht aufbringen
konnte. Die Kinder schickte man, da man sich nicht ent-
schließen konnte, sie „in natürlicher Wildheit aufwachsen
zu lassen“, in die Schule in Blüten.

Scheidemann, der jetzt glatt rasiert ist, beklagte
sich darüber, daß er seit Monaten in Berlin die Straßenbahn
nicht mehr benutzen könne, ohne den Angriffen des Publi-
kums ausgesetzt zu sein. (Bericht über eine Frankfurter
Wahlversammlung.)

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann,
Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.
Tel.: F 7 Janowitz 6909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag
GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

„Stürzt Papen-Hitler durch Volksspruch am 31. Juli!“

P. M. Unter dieser Losung rief in Köln die Eisernen Front
zu einer Kundgebung am 24. Juli auf. Eingeleitet mit dem
Gesang: „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“, verlief diese ziemlich
kraftlose Kundgebung unter den nationalistisch-optimistischen
Reden der Sozialdemokraten Böckler und Professor
Dr. Wunsch. Wunsch kennzeichnete die Schrecken des
Bürgerkrieges dadurch, daß sich hierbei Menschen, die die
gleiche Sprache sprechen, gegenseitig morden. Im übrigen
waren die Reden der beiden Sozialdemokraten ausschließlich
gegen den Faschismus gerichtet. Böckler sagte z. B., daß die
Verteidigung gegenüber anderen politischen Gruppen erst in
dritter, vierter, in zehnter, ja erst in zwanzigster Linie
komme. Bezeichnend für die Stimmung unter den Versammel-
ten war der spontane Beifall bei den Worten, daß dieser
Kampf nicht nur Abwehr, sondern Angriff sei. Es fehlte je-
doch an entschiedenen Kampfparolen, außer der unzuläng-
lichen: Volksspruch am 31. Juli. Nicht ein Wort des Protestes
gegen das zerstörte Streikrecht, diese wichtigste Waffe der
Arbeiterschaft, fiel. Der Faschismus hat gute Tage!

Abzeichen der Einheitsfront.

Leser und Freunde des „Funken“, die sich über unsere in-
tensive Arbeit für die Herstellung der antifaschistischen Ein-
heitsfront freuen, haben uns gelegentlich aufgefordert, wir
möchten für die Freunde der Einheitsfront ein besonderes Ab-
zeichen herausbringen. Sie wollen sich gern auch auf der
Straße als Feinde des Faschismus bekennen, aber weder das
Zeichen der Eisernen Front noch der Antifaschistischen Aktion
tragen, da sie mit Recht in keiner der beiden Organisationen
allein die wahre Einheitsfront sehen.

Es wäre dem Kampf für die Einheitsfront schlecht gedient,
wenn wir nun den Kampf um die Abzeichen entbrennen lassen
würden durch Schaffung eines dritten antifaschistischen Zei-
chens. Darum schlagen wir vor, die auf die einheits-
liche Abwehrfront hinabzuweisen, vor, sowohl die drei Pfeile als
auch das Zeichen der Antifaschistischen Aktion zu tragen,
was übrigens schon sehr häufig im Straßenbild zu sehen ist.
Abgesehen davon, daß man auf diese Weise die Forderung
nach der Einheitsfront immer wieder demonstriert, schafft man
außerdem auch unter den Trägern eines der beiden Abzeichen
ein Gefühl der Verbundenheit. Der Mann mit den drei Pfeilen
gewöhnt sich daran, auch jemanden zu grüßen, der das Zei-
chen der Kommunistischen Partei trägt, und der Genosse mit
dem Zeichen der Antifaschistischen Aktion sieht in den Trä-
gern der drei Pfeile nicht nur „Sozialfaschisten“.

Im übrigen kann man auf diese Weise auch noch einen
Druck auf die Leitungen beider Organisationen ausüben; wenn
nämlich in der Mehrzahl der Fälle die Abzeichen nicht mehr
einzeln, sondern gleich zu zweien auftreten, können sich die
Organisationsleitungen nicht mehr hinter Ausreden verstecken,
daß „die Mitglieder ein solches Zusammengehen niemals ver-
stehen“ würden, oder daß die eigene Organisation „die einzige
Einheitsfront“ sei.

Das friedfertige Deutschland.

Vor einiger Zeit fand in Meiningen, einem Städtchen
mit 20 000 Einwohnern, ein militärisches Volksfest statt.
Es wurde veranstaltet von dem in Meiningen stationier-
ten Reichwehrrataillon, Reichwehrsoldaten eines ba-
dischen Bataillons waren als Gäste erschienen und nah-
men aktiv am Fest teil. Zu diesem Fest, das nachher als
das Fest der Zwölftausend bezeichnet wurde, waren auch
viele ländliche Gäste, vor allem wohl Bauern, erschienen.
Durch Sonderzüge war der Besuch des Festes erleichtert
worden.

Das Fest war ein Musterbeispiel einer geschickten
Veranstaltung, dem Zwecke der „Vertiefung des Wehr-
gedankens dienend“ — wie ein Offizier vor der Veran-
staltung in der Zeitung schrieb.

Die Veranstaltung zeigte militärische Übungen als
sportliche Veranstaltung. Man konnte sehen, wie schnell
es geht, eine Mannschaft, die in Ruhe liegt, aus dieser
Étape in vollster Kriegsrüstung an die Front zu bringen;
wie schnell es geht, eine Maschinengewehrtruppe in eine
bestimmte Stellung zu bringen, gut gedeckt, schußfertig;
wie schnell es geht, eine Brücke über die Werra zu
bauen, über welche in kürzester Zeit größere Truppen-
transporte gebracht werden können. Es war noch mehr
zu sehen: z. B. einige sehr interessante und aufschluß-
reiche Ausstellungen, eine Gasschutzvorführung und eine
Abteilung mit vielerlei Maschinengewehren und anderen
Schußwaffen. In der Gasschutzabteilung sah man die
verschiedenen Giftgase aufgezählt und gleichzeitig an
ausgehängten Bildtafeln die verschiedenen Giftgas-
Krankheitsstadien aufgezeichnet. Als Schutzmittel waren
viele Gasschutzgeräte zu sehen. Ein riesiges Trans-
parent zeigte an, daß sie als „Gasschutzmittel für Zivil“
bei der Firma Hugo Stolzenberg zu kaufen seien.

Eine große Tafel zählte die verschiedenen Möglichkeiten
der Abwehr von Luftangriffen auf. Drei Abwehrmög-
lichkeiten gibt es, aber: Möglichkeit „2 und 3 sind uns
durch den Versailler Vertrag verboten“. Diese Worte,
die unter dem Ganzen standen, waren das Hervorstehende
dieser Tafel überhaupt. Offensichtlich diente diese Tafel
nur dem Zweck, die Menschen dagegen aufzuheizen, daß
gefährliche Giftgase in Deutschland nicht produziert
werden dürfen, eine Tatsache, über die sich Gegner kapita-
listischer Kriege nur freuen können. Den gleichen
Geist fand ich auch bei den Soldaten. So erklärte ein
der Gasschutzabteilung vorstehender Soldat: „Wir dür-
fen diese gefährlichen Gase nicht herstellen, es ist uns
verboten. Aber die Herren Franzosen dürfen es.“

In einer Vorbesprechung dieser Veranstaltung wurde
unter anderem gesagt, daß auf dem Platz viel Stachel-
draht lagere, woraus fleißige Soldatenhände einen Muster-
drahtverhau machen würden. Als uns die Soldaten mit
erstaunlicher Eile diesen Drahtverhau vorbauten, dachte
ich an die Stelle in Remarques Buch: „Wollen Sie
wissen, wie der kleine Hoyer gestorben ist? Den gan-
zen Tag hat er im Drahtverhau gelegen und geschrien,
und die Därme hingen ihm wie Makkaroni aus dem
Bauch. Dann hat ihm ein Sprengstück die Finger weg-
gerissen und zwei Stunden später einen Felzen vom Bein,
und er hat immer noch gelebt und versucht, sich mit
der anderen Hand die Därme reinzustopfen, und schließ-
lich abends war er fertig. Als wir dann herankommen,
nachts, war er durchlüchert wie ein Reibeisen.“

Bayern verblüht beschränkt nicht beruhigt.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt: Wenn es auch
dem Reichskanzler gelungen zu sein scheint, die augen-
blicklichen Befürchtungen der Länder in der Hauptsache zu
zerstreuen, so habe sich demgegenüber an der Anschauung
der süddeutschen Länder über die verfassungsrechtliche
Unzulässigkeit der Reichsmaßnahmen gegenüber Preußen
doch nichts geändert.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“: Der Wert
der Erklärungen der Reichsregierung hänge ab von dem
Grad ihrer Unabhängigkeit und Freiheit gegenüber der

Erstklassige
Maßarbeit
Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Kostüme
Tadelloser Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.R.L.
Stoffmuster
vorrätig

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2355
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Barcostraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Worbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Geeignet bei Elektro-
u. anderen Inseraten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
druckarbeiten.
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet.“

senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir
haben viele anerkennende Urteile.
Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig,
10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.
Ab 22 Juli: Der Russenfilm:
Iwan der Schreckliche
Leo Lania und Piel Jutzl:
UMS TÄGLICHE BRO
F o x tönende Wochenschau.
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland



Das Zurückweichen der organisierten Arbeit-
erschaft vor Papen, Schleicher und den
hinter ihnen stehenden Unternehmern und Groß-
agrariern macht weitgehend eine Neuorien-
tierung der klassenbewußten Arbeiter in den
grundsätzlichen und taktischen Fragen not-
wendig.
„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre
Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine po-
litische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzge-
faßten Schriften niedergelegt:
LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revo-
lutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M.
Diese Schrift enthält die kritische Auseinander-
setzung mit dem „historischen Materialismus“.
MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer
politischen Weltanschauung. 26 Seiten. 0,60 Mark.

Verlag „Öffentliches Leben“
Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 313 42

Der Spruch des Staatsgerichtshof.

Wir geben hier die wichtigsten Abschnitte der Begründung des Leipziger Urteils gegen Preußens Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich wieder:

Die Frage der sogenannten Aktivlegitimation (d. h. der Befugnis der Kläger, die preußische Regierung zu vertreten):

„Es ist davon auszugehen, ob die antragstellenden, abgesetzten, preußischen Staatsminister befugt sind, in dem gegenwärtigen Verfahren das Land Preußen zu vertreten. Allerdings sind die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums, in deren Namen die Klage geführt wird, ihres Amtes oder wenigstens ihrer Amtsfunktion enthoben. Diese Enthebung aber ist erfolgt in Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli. Um die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung handelt es sich in dem vorliegenden Verfahren. Es treffen deshalb dieselben Erwägungen zu, aus denen der Staatsgerichtshof in dem Streitverfahren wegen Eingemeindung im Westen Preußens zu der Auffassung gelangt ist, daß die Rechtsparteilichkeit der Gemeinden für das Streitverfahren, in dem es sich um die Gültigkeit der auf dieselben vernichtend wirkenden Vorschriften handelt, für fortbestehend zu gelten hat.“

Die Frage der Aktivlegitimation der Kläger ist damit bejaht, soweit es sich um die ehemalige preußische Regierung handelt.

Sinn einer einstweiligen Verfügung.

„Der Staatsgerichtshof hat in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, daß sie insbesondere nicht auf der Grundlage ergehen konnte, daß der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder des anderen der streitenden Teile vorläufig zu eigen macht. Dem Wesen der Bedeutung des Staatsgerichtshofes wird nicht entsprochen, wenn er sich auf Grund einer vorläufigen Deutung zu einer Rechtsansicht bekennen wollte, die er nach gründlicher Erwägung bei der Entscheidung zur Hauptsache wieder aufheben muß. ... Das Ziel einer solchen vorübergehenden Regelung ist, ein möglichst vereinfachtes, reibungsloses, die Belange beider Teile schonendes Verhältnis in den wechselseitigen Beziehungen bis zur Entscheidung herbeizuführen.“

Die Unmöglichkeit des preußischen Kompromißantrags.

„Angesichts dieses Zweckes der einstweiligen Verfügung erscheint es dem Staatsgerichtshof nicht angängig, die von dem Lande Preußen begehrte Verfügung entsprechend dem in der Verhandlung neu formulierten Antrage zu erlassen. ...

Mit diesem Antrage soll angestrebt werden eine Teilung der Regierungsgewalt in Preußen zwischen dem Reichskommissar und dem von ihm eingesetzten Kommissaren und den jetzt klagenden preußischen Staatsministern. Daß dies der Sinn des Antrages ist, das geht mit besonderer Klarheit aus Ziffer 3 hervor, die das Recht der Vertretung Preußens im Reichsrat den jetzt klagenden Ministern belassen wissen will, die also austreibt, die Gewalt des Reichskommissars nach einer wesentlichen Richtung hin zu beschränken.

Prüft man nun die Frage, ob die hier begehrte Reibung und Schwierigkeiten zu verringern, so führt die Prüfung des Staatsgerichtshofes zu dem Ergebnis, daß dieser Erfolg nicht zu erwarten ist.“

Hat der Staatsgerichtshof einen besseren Vorschlag?

„Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, auch die Frage vorgelegt, ob er seinerseits irgendeinen Weg erkennen kann, um den von den Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuheben, ohne der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen, und ohne die Nachteile heraufzubeschwören, die nach der Auffassung des Staatsgerichtshofes und nach der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung die Folgen der Anträge der Antragsteller sein würden. Der Staatsgerichtshof vermag einen solchen Weg nicht zu sehen.“

Auch der ursprüngliche Antrag abgelehnt.

„Der Staatsgerichtshof sah sich dann gegenüber den Anträgen der Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei im preußischen Landtag. Diese Fraktionen haben sich den von der preußischen Staatsregierung fallengelassenen Antrag zu eigen gemacht, der im wesentlichen dahin geht, daß der Reichskommissar sich einstweilig jeder Dienstausübung zu enthalten habe. ...

Einen so weit gefaßten Antrag im Wege der einstweiligen Verfügung anzunehmen, würde gleichbedeutend sein mit der Entscheidung in der Hauptsache. Es würde darauf hinauslaufen, einstweilen dahin zu erkennen, daß die Verordnung des Reichspräsidenten ohne Kraft ist.

Das ist mit dem Wesen einer einstweiligen Verfügung des Staatsgerichtshofes unvereinbar. Der Antrag ist hiernach zurückzuweisen.“

Die Verhandlung zur Hauptsache.

„Gerade weil der Staatsgerichtshof sich außer Stande gesehen hat, dem Verlangen einer vorläufigen Regelung zu entsprechen, legt er besonderes Gewicht darauf, wie auch in der Verhandlung wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist, daß das Verfahren zur Hauptsache mit möglicher Beschleunigung zu Ende geführt werden kann. ... Es muß aber auf die Möglichkeit hingedeutet werden, daß sich aus dem Schriftwechsel der Beteiligten für den Staatsgerichtshof die Notwendigkeit ergibt, die bestrittenen Behauptungen tatsächlicher Art nachzuprüfen, selbst Ermittlungen anzustellen, selbst Beweise zu erheben. Ich hebe das ausdrücklich hervor, um vor dem Glauben zu warnen, daß die Entscheidung in der Hauptsache nur eine Frage von Tagen sein könne.“

Hk. Die Begründung für die Ablehnung des unglücklichen Kompromißantrags leuchtet ein. Die Zweitteilung, daß der Kommissar Preußen regiert hätte während die alte Regierung Preußens „Vertretung bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs“ — das ist die Funktion der Länder im Reichsrat — innegehabt hätte, würde sicher zu Reibungen geführt haben.

Die Ablehnung des ursprünglichen Antrags ist in ihrer Begründung schwerer verständlich. Es scheint, daß der Sinn der Argumentation folgender ist: Eine Verordnung des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen, das sei eine so „weit gefaßte“ Maßnahme, daß der Staatsgerichtshof sie nur durch eine Entscheidung in der Hauptsache verantworten will. Anscheinend liegt hier der Gedanke zu Grunde, daß

der Reichspräsident eine besondere Autorität genießen sollte, die seitens des Staatsgerichtshofes nur angetastet werden darf, indem in einem Hauptverfahren die Feststellung getroffen wird, daß eine Rechtsverfehlung des Reichspräsidenten vorliegt.

Hierzu ist zunächst zu sagen, daß nicht einzusehen ist, weshalb diese besondere Autorität in einem Staatswesen, in dem „die Staatsgewalt vom Volke ausgeht“, dem Präsidenten zukommen soll statt der Volksvertretung.

Lassen wir aber einmal die so wie so aus der Praxis ausgerottete Voraussetzung des Artikels 1 der Reichsverfassung außer Betracht. Auch dann ist nicht einzusehen, mit welchem Recht der Präsident dadurch bevorzugt sein soll, daß gegen ihn im Gegensatz zu anderen Personen oder Körperschaften eine einstweilige Verfügung seitens des Staatsgerichtshofes nur mit Erschwerungen getroffen werden kann. Daß er der Inhaber der höchsten Macht ist, kann diese Vorzugsstellung nicht rechtfertigen.

Was aber die Autorität im Sinne des öffentlichen Ansehens des Präsidenten betrifft, so kann dies sich nur darauf gründen, daß er seine Macht in den Dienst des Rechts stellt. Ein solches Ansehen würde nicht darunter leiden, daß der Präsident sich dem Spruch des Gerichtshofes unterwirft, wenn dieser ihm einen Rechtsirrtum nachweist. Ein derartiger Irrtum ist immer möglich. Vor allem aber hätte es diesem Ansehen gedient, wenn im vorliegenden Falle Hindenburg vor Erlass einer so weittragenden Notverordnung, die rechtlich mindestens mit guten Gründen angefochten wird, das Urteil des Staatsgerichtshofes eingeholt hätte. Damit hätte er gezeigt, daß er diese guten Gründe der anderen nicht einfach in den Wind schlägt.

Diese akademischen Erwägungen zeigen, wie weit wir heute davon entfernt sind, daß die Machthaber die den Anforderungen des Rechts entsprechende Entscheidung suchen. Papens Aktion war offensichtlich darauf angelegt, erst einmal vollendete Tatsachen zu schaffen. Severing hatte ihn ja am Vormittag des entscheidenden Mittwochs darauf aufmerksam gemacht, daß er den Schritt für verfassungswidrig hielt. Damals meinte Papen (in üblicher Art „preußischer“ Beamter), diese Frage werde hinterher der Staatsgerichtshof zu prüfen haben. Er nahm nicht ohne Grund an, daß der Staatsgerichtshof gegen vollendete Tatsache weniger leicht protestieren werde als gegen geplante. Und der Vertreter des Reichs bei den Leipziger Verhandlungen sagte: wenn der Staatsgerichtshof gegen das Reich entscheide, so könne er sich über die dann eintretenden Folgen nicht äußern — so fest sei die Reichsregierung von der Verfassungsmäßigkeit ihres Vorgehens überzeugt.

Es steht bei dem Klassencharakter, der sich in der jüngsten Entwicklung der deutschen Republik immer schärfer ausgeprägt hat, und zwar in allen ihren staatlichen In-

stitutionen, mit fast hundertprozentiger Sicherheit fest, daß der Staatsgerichtshof im Hauptverfahren die „Begründung“ für Papens Vorgehen finden wird.

Braun und Severing haben ihre Funktion in der Regierung nicht als eine Funktion des Klassenkampfes aufgefaßt, als sie am Mittwoch auf den Kampf mit den Mitteln ihrer Klasse (Generalstreik) verzichteten, um statt dessen das Urteil des Leipziger Gerichts abzuwarten.

Aus einer Erklärung der preußischen Minister zu dem Leipziger Urteil.

„Die verschiedentlich verbreitete unrichtige Meldung, daß Preußens Klage vom Staatsgerichtshof abgewiesen worden sei, bedeutet eine unverantwortliche Irreführung der öffentlichen Meinung. Der Staatsgerichtshof hat zu der Rechtsfrage überhaupt noch keine Stellung genommen. Er hat nur einstweilige Anordnungen abgelehnt.

Auch in der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof hat die Reichsregierung keinen einzigen Fall einer Pflichtverletzung der preußischen Staatsminister auch nur behauptet, geschweige denn bewiesen. Die Reichsregierung hat sich geweigert, irgendwelches Material für die Gründe ihres einzig dastehenden Vorgehens zu geben. ...

Aus diesem Grunde war der Staatsgerichtshof, wie die preußischen Minister anerkennen, nicht in der Lage, sofort zur Rechtsfrage irgendwelche Stellung zu nehmen. Wenn der Staatsgerichtshof auch einstweilige Anordnungen abgelehnt hat, so geschah dies ebenfalls nicht aus dem Grunde, weil die Preußische Staatsregierung nicht im Rechte wäre — denn sie ist im Rechte —, sondern weil der Staatsgerichtshof ihr vor Ablauf von zwei Wochen das Recht nicht zusprechen darf.

Die Verhandlung hat aber schon jetzt folgendes ergeben:

1. Der Reichskanzler und die Reichskommissare nehmen nicht mehr das Recht für sich in Anspruch, sich als preußischer Ministerpräsident und preußische Staatsminister zu bezeichnen, wie sie es am Anfang wiederholt getan haben. Sie geben also ihr Unrecht in dieser Beziehung zu.

2. Daß die Einladung an die preußischen Minister Hirtzsiefer, Schreiber, Schmidt, Steiger, Grimme und Klepper vom Reichskanzler zu einer preußischen Staatsministerialsitzung unter der Bezeichnung als „preußischer Ministerpräsident“ erging, wird von der Reichsregierung jetzt als „Bürolapsus“ bezeichnet.

3. Die bloße Tatsache, daß die preußischen Minister dieser unrichtigen Einladung nicht gefolgt sind, war der einzige ihnen für ihre Amtsenthebung angegebene Grund.

Alle diese Umstände bekräftigen den Standpunkt des Staatsministeriums, daß die Absetzung der preußischen Minister unzulässig, ungültig und ohne rechtliche Bedeutung ist. Alle hervorragenden Autoritäten auf dem Gebiete des Staats- und Verfassungsrechts, die sich bisher geäußert haben, darunter die Universitätsprofessoren Anschütz, Giese, Heller, Peters, Rothenbücher und Waldecker, haben gleichfalls ausgesprochen, daß hier eine Verfassungsverletzung vorliegt.“

Die Diktatoren vor dem Ueberwachungsausschuß.

Hk. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, wiederum ohne die Rechtsparteien, hatte am Montag die Freude, Papen, Gayl und Schleicher mit einem großen Stab von Beamten vor sich zu sehen. Die politische Tragweite (besser: Bedeutungslosigkeit) der Beschlüsse des Ausschusses beruht auf der Lassalleschen Wahrheit: Verfassungsfragen sind Machtfragen.

Ueber die Befugnisse des Ausschusses sagt die Reichsverfassung (Artikel 35):

„Der Reichstag bestellt ferner zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung für die Zeit außerhalb der Tagung und nach Beendigung einer Wahlperiode einen ständigen Ausschuß.“

Welches Recht der Volksvertretung hat gegenwärtig der Ausschuß gegenüber der Reichsregierung zu verteidigen? Das in Artikel 48, Absatz 3, folgendermaßen festgelegt:

„Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.“

Ueber das Recht des Reichstages, die auf Grund von Artikel 48 getroffenen Maßnahmen zu kontrollieren, hat sich die Regierung Papen durch Auflösung des Reichstages hinweggesetzt. Hier hätte also der Ueberwachungsausschuß einzugreifen.

Die Regierung Papen denkt hierüber anders, und so stand in der Ausschusssitzung Rechtsstandpunkt gegen Rechtsstandpunkt.

Breitscheid: „Wenn die Worte ‚zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung‘ einen Sinn haben sollen, so muß dieser Ausschuß von den auf Grund des Artikels 48 getroffenen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt werden. Das ist nicht geschehen, und in dieser Unterlassung sehen meine Freunde und ich einen Verstoß wider die Verfassung.“

Von Gayl: Maßnahmen des Reichspräsidenten nach Artikel 48, die dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen seien, seien dem Ausschuß nicht vorzulegen. Er habe auch nicht das Recht, die Außerkraftsetzung von Maßnahmen des Reichspräsidenten zu verlangen.

„Der Ausschuß beschloß das Gegenteil“, berichtet der „Vorwärts“. Und die Regierung beharrt auf ihrem Standpunkt und erklärt, sie fühle sich an die Beschlüsse des Ausschusses nicht gebunden. Wer soll entscheiden? Das stünde beim Staatsgerichtshof — also ein hoffnungsloser Fall. Die Beschlüsse, die der Ausschuß gefaßt hat, haben demnach politisch kaum eine Bedeutung.

Sie hätten überhaupt keine Bedeutung, wenn es sich bei der Regierung Papen um eine energische Gruppe von Machthabern handelte, die sich über die Rücksichtslosigkeit ihrer Maßnahmen klar wären und den Mut aufbrächten, zu ihnen zu stehen — wie etwa Bismarck das tat. Aber

von dieser Entschiedenheit sind sämtliche Mitglieder des Kabinetts, ist insbesondere Schleicher frei. Daß sich dies zeigte, war die interessanteste Tatsache der Ausschusssitzung.

Sie tritt z. B. in folgenden Äußerungen Schleichers hervor, die deutlich eine Scheu vor der Verantwortung verraten:

Reichswehrminister von Schleicher brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Reichswehr in die Ereignisse der letzten Tage hineingezogen werden mußte. Besonders General von Rundstedt bedauere dies, er habe erst gestern abend den Wunsch geäußert, den Ausnahmezustand wieder aufzuheben. Wenn aber einmal derartige Maßnahmen notwendig gewesen seien, dann seien unter Umständen scharfe Maßnahmen nicht zu vermeiden. Bei Zeitungsverboten sei General von Rundstedt stets besonders zurückhaltend. Bezüglich der Schutzhaftfälle werde das Material der zuständigen gerichtlichen Stelle überwiesen werden und damit dem Bereich der Militärgewalt entzogen. Die Maßnahmen im Karl-Liebknecht-Haus seien zum Teil bereits wieder rückgängig gemacht worden.

Solchen unentschlossenen Machthabern kann es immerhin Eindruck machen, wenn sie, den Schleicher-Kabinetten entzogen, vor einem öffentlichen Forum, von einem temperamentvollen Herrn, wie dem Zentrumsmann Ersing, sich sagen lassen müssen, daß unter ihrem Regime „ganz unmögliche Zustände“ herrschen:

Abg. Ersing bedauerte, daß die Reichsregierung eine sachliche Beratung hier ablehne.

Warum habo der Reichskanzler keine Worte gefunden gegen die Störung der öffentlichen Sicherheit, die von nationalsozialistischer Seite erfolgte?

Werde die Reichswehr auch gegen die Nationalsozialisten vorgehen, wenn die Nationalsozialisten, wie sie immer andeuten, sich eines Tages mit Gewalt in Besitz der Macht zu setzen versuchen wollten?

Reichswehrminister von Schleicher ruft: Selbstverständlich!

Es ist ein ganz unmöglicher Zustand, daß auf Grund unkontrollierbarer Zeitungsmeldungen Männer verhaftet und Parteihäuser besetzt würden. Mit dem Kommunistenthaus fange es an. Wer weiß, welche Parteihäuser morgen und übermorgen besetzt würden!

Die Beschlüsse, die der Ausschuß gefaßt hat, sind vor allem:

1. Aufhebung der Notverordnungen vom 20. Juli (Reichskommissar; Ausnahmezustand).

2. Außerkraftsetzung der Notverordnungen vom 14. Juni (Aufhebung des Uniformverbots) und vom 28. Juni (Beseitigung der Länderverbote gegenüber Uniformen und Demonstrationen).

3. Aufhebung der die Wahlfreiheit einschränkenden Maßnahmen; Zurückziehung der Militärwache im Karl-Liebknecht-Haus.

Selbst das Reichsgericht mußte das von Klages erlassene Verbot des Braunschweiger „Volksfreund“ vom 26. Juli ab aufheben. Klages wollte das Land Braunschweig für den ganzen Wahlkampf von sozialdemokratischen Zeitungen freihalten.

Internationale Machtposition der I.G.-Farben.

I.G.-Standard Oil.

Nachdem wir in Nr. 178 in Anlehnung an Wickels Buch „I.G. Deutschland. Ein Staat im Staate“, mit der Schilderung der „Weltmacht Chemie“ begonnen und insbesondere über den kontinentalen Farbenblock berichtet haben, kommen wir jetzt zur Erörterung der weiteren internationalen Machtpositionen der I. G.

Der deutsch-englisch-norwegische Stickstoffblock.

„Die Bedeutung der Stickstoffindustrie für die Herstellung von Sprengstoffen hatte ebenso wie der Zusammenhang Teerfarben — Sprengstoff — Kampfgas die Folge, daß jeder Staat schon während und in gesteigertem Maße nach dem Kriege den Ausbau einer eigenen Stickstoffindustrie forcierte.“ (Wickel, a. a. O., Seite 171.)

Professor Haber hatte den Weg gefunden, bei etwa 200 Atmosphären Druck und Temperaturen von etwa 400 bis 450 Grad unter dem Einfluß besonderer Katalysatoren (Substanzen, die die chemische Reaktion beschleunigen, ohne selber in das neue chemische Produkt einzugehen) den Stickstoff der Luft an Wasserstoff zu binden und so Ammoniak aus den chemischen Elementen zusammensetzen. Die Badische Anilin- und Sodafabrik arbeitete jahrelang an der fabrikatorischen Durchführung des Verfahrens, und schließlich gelang es der technischen Begabung Karl Boschs, die Habersynthese industriell auszuwerten. Im Jahre 1914 wurde das Stickstoffwerk Oppau bei Ludwigshafen vollendet, und sofort nach Kriegsbeginn wurde in Leuna bei Merseburg nach dem Oppauer Muster das Leunawerk errichtet, um nach dem Haber-Bosch-Verfahren die Sprengstoffe herzustellen, die das deutsche Heer brauchte. Das Reich gab einen Zuschuß von 180 Millionen Mark und finanzierte so — aus militärischen Gründen — die Konkurrenz für die reichs-eigenen Kalkstickstoffwerke. Im Jahre 1919 gelang dem Reichsfinanzminister die Zusammenfassung der gesamten deutschen Stickstoffindustrie im Deutschen Stickstoffsyndikat, in dessen Verwaltungsrat die I. G. heute über 20 von 33 Stimmen verfügt. Sie beherrscht also die Politik und Preisgestaltung des Syndikats, das zum Schutze der fiskalischen Interessen gegen die Uebermacht der I. G. geschaffen worden war, nachdem der Staat den Konkurrenten finanziert und übermächtig hatte werden lassen.

Deutschland ist heute der größte Stickstoffproduzent der Welt.

Im Jahre 1927/28 wurden 45 Prozent der Weltproduktion von Stickstoff aller Art in Deutschland hergestellt. An synthetischem (künstlichem) Stickstoff produzierte damals Deutschland allein mehr als alle anderen Länder zusammen, nämlich 74 Prozent der gesamten Weltproduktion. Seitdem hat sich das Kräfteverhältnis etwas verschoben, da die Produktionsanlagen in Deutschland nicht mehr wesentlich erweitert wurden. Heute können wir an der Produktionsfähigkeit gemessen — etwa 30 Prozent des Stickstoffs der Welt in Deutschland hergestellt werden.

Genau wie in Deutschland wurde auch in den anderen großen Industriestaaten die Herstellung von synthetischem Stickstoff aus militärischen Gründen beschleunigt. Außerdem wurde mit Hilfe amerikanischen Kapitals (vor allem seitens der National City Bank, bei der I. P. Morgan Großaktionär ist) in Chile die Gewinnung des natürlichen Salpeters modernisiert. Der Chilesalpetertrust wurde gegründet mit 1,5 Milliarden Mark Aktienkapital. Die Folge war eine furchtbare Konkurrenz auf dem Weltmarkt und ein Preissturz um 40 Prozent. Innerhalb Deutschlands hat in der gleichen Zeitspanne — nach Wickel — das Syndikat dank dem Zollschutz und dem System der Einfuhrbewilligungen die Preise für die Massenproduktion um nur 5 bis 8 Prozent, für die Spezialprodukte um nur 1 Prozent gesenkt.

Bereits im Jahre 1927 hatte die I. G. mit der „Norsk-Hydro-Elektrisk Kvaefakteselskab“, Oslo, einen Vertrag geschlossen zum Zwecke der „Zusammenarbeit in Produktion und Verkauf“. 1929 brachte der gemeinsame Gegensatz zum Chilesalpetertrust die I. G. mit dem englischen Chemietrust an den Verhandlungstisch, und es kam zur Bildung eines deutsch-englisch-norwegischen Stickstoffblocks. Weitere Verhandlungen im Jahre 1930 zielten dahin, diesen Block zu einem europäischen Stickstoffkartell zu erweitern. Das scheiterte jedoch zunächst an dem Widerstand der französischen Stickstoffindustrie. Zwar gelang es im August 1930 in Paris, für die Dauer eines Jahres einen Weltstickstoffpakt abzuschließen, dem auch Chile — aber nicht Japan und die USA! — angehörten. Nach Ablauf des Konventionsjahres entbrannte die Konkurrenz von neuem, und dann kam es zu den oben geschilderten Preisstürzen. Vor wenigen Tagen ist nunmehr in Paris auf zwei Jahre ein neues europäisches Stickstoffkartell gegründet worden. Eine Einigung mit dem Chilesalpetertrust ist jedoch noch nicht erfolgt.

Der Stickstoffkampf auf dem Weltmarkt ist in erster Linie ein Kampf zwischen der I. G. und dem amerikanischen Chemiekapital. Da aber jede der kämpfenden Gruppen weiß, daß ein Niederringen des Gegners ausgeschlossen ist, weil

jeder Industriestaat „seine“ Stickstoffindustrie aus militärischen Gründen subventioniert,

so geht das Streben von Geheimrat Schmitz dahin, ein Weltkartell für Stickstoff aufzubauen. Die Kosten von Stilllegungen und Preisvereinbarungen wird dann die Landwirtschaft in Gestalt höherer Preise für eines der wichtigsten Düngemittel zahlen müssen.

Im Dezember 1931 ist es im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen zu einer Vereinbarung gekommen, wonach die deutsche Industrie denjenigen französischen Stickstoffbedarf decken will, für den die Leistungsfähigkeit der französischen Industrie nicht ausreicht. Dem französischen Stickstoffkontor verbleibt von jedem aus Deutschland eingeführten Doppelzentner Stickstoff eine Entschädigung von 12 Francs abzüglich der Verteilungskosten. „Das bedeutet, daß die deutsche die französische Industrie subventioniert.“ (Wickel.)

Aber auch auf einem dritten Gebiet der modernen Chemie — neben Farben und Stickstoff — beginnt die I. G. eine wichtige Machtposition zu erringen: auf dem Gebiet der Erdölaufbereitung. Die Frage des Erdölimperiums war in ein neues Stadium getreten, als die Methode der eigentlichen Erdölherstellung greifbare Formen annahm. Die maßgebenden Verfahren der Kohleverflüssigung gehen zurück auf das Bergin-Patent von Dr. Bergius aus dem Jahre 1913. Bei einem Druck von 200 Atmosphären und einer Temperatur von etwa 450 Grad läßt Bergius — nach Wickel — Wasserstoff direkt auf Kohle wirken, die vorher zu Pulver gemahlen und dann mit Oel zu einer Paste gemischt und in die Apparatur gepreßt wird. Die I. G. ist im Besitz der Bergius-Patente, die sie durch eigene Verfahren ergänzt hat, insbesondere durch die Einführung besonderer Katalysatoren. Wenn diese Verfahren noch nicht in großem Maßstab fabrikatorisch durchgeführt sind, so liegt das daran, daß bei dem geringen Weltmarktpreis des natürlichen Erdöls die synthetische Herstellung nicht lohnt. Diese Verfahren haben aber insofern eine außerordentlich weittragende Bedeutung, als hier ein Weg beschritten wird, der bei entsprechender Ausgestaltung dahin führen kann, die wichtigsten Kohlenstoffverbindungen (organische Säuren, Lösungsmittel, Zwischenprodukte für Farbstoffe, Arzneimittel, Riechstoffe, Benzin, Benzol), wie Bosch sagt, aus „einfachsten Bausteinen“ herzustellen. Ein ungeheures Arbeitsgebiet harret hier noch der Erschließung. In dem Maße, in dem diese Arbeitsmethoden zu Erfolgen führen, wird die

Macht der großen Rohstoffmonopolisten erschüttert und durch ein entsprechendes Chemiemonopol bedroht.

Es wird dadurch eine neue Art Kolonialausbeutung der Welt vorbereitet, wobei alle nicht an dem Chemiemonopol beteiligten Länder zu Kolonien der chemischen Weltmacht degradiert werden.

Die Methoden der I. G. haben ein wichtiges praktisches Ergebnis insofern gehabt, als sie eine weit sparsamere Aufarbeitung des Erdöls und eine erhöhte Benzinausbeute aus den Rohölen ermöglichten. Diese Methoden zur Rohölverwertung gaben der I. G. die Möglichkeit, ihre weltpolitische Stellung durch eine

Stickstoff — Heilmittel — Kunstseide — Lacke.

Die I. G. ist immer noch einer der stärksten unter den großen Chemietrusts der Welt, vielleicht sogar der stärkste. 55 Prozent der Gesamtzeugung der I. G. gehen ins Ausland. Dabei macht der Handel der Länder, die selber über eine ausgebildete chemische Industrie verfügen, untereinander mehr als die Hälfte des gesamten Welthandels an chemischen Produkten aus. Die Bedeutung der I. G. auf dem Weltmarkt ist aber über den Rahmen der deutschen Produktion hinausgewachsen durch eine Bündnispolitik, die den Nutzungsbereich der Patente dauernd ausweitete und so von dem armen Deutschland aus einen der kapitalkräftigsten und trotz der Wirtschaftskrise einflußreichsten Industrietrusts geschaffen hat.

Der Einfluß der I. G. geht noch weiter, als sich aus der bisherigen Darstellung ergibt. Auf wichtigen Gebieten der Heilmittel hat die I. G. ein Weltmonopol. Rollfilme und photographische Apparate stellt sie in Deutschland und den USA her. Unter den Kunstseidenproduzenten nimmt sie eine beachtenswerte Stelle ein. Bedeutend ist ferner ihre Stellung als Produzent von Mitteln zur Schädlingsbekämpfung, einem der großen industriellen Zukunftsgebiete, das erst mit der Gesundung der Agrarwirtschaft vollkommen zur Entfaltung kommen wird.

Die Kette Stickstoff-Sprengstoff-Zellstoff-Filme-Kunstseide führt weiter zu den Lacken. Die schnell trocknenden Nitrozellulose-Lacke sind, soweit sie synthetisch aus Kohle gewonnen werden, ein Monopol der I. G. Die Automobilindustrie kann für ihre moderne Bandproduktion nur schnell trocknende Lacke gebrauchen. So kam es zu der interessanten Verbindung Henry Fords mit der I. G., während Fords bedeutendster Konkurrent, die General Motors, sich mit dem amerikanischen Konkurrenten der I. G., dem Dupont-Konzern, verbunden hat. Die gemeinsamen Interessen von Ford und der I. G. erstrecken sich unter anderem auch auf das Problem

großzügige Bündnispolitik weiter zu festigen: im August 1927 traf sie mit der Standard-Oil of New Jersey ein Abkommen zur „Verwertung der beiderseitigen Patente und Erfahrungen auf dem Gebiete der Veredelung von Rohöl“. Im Jahre 1929 haben dann die beiden Konzerne gemeinsam eine Holding-Gesellschaft gegründet, die Standard-I. G. Co., und dieser die Verwertung der gesamten einschlägigen Patentbesitzes auf der ganzen Welt mit Ausnahme Deutschlands übertragen. Die Verwertung der Verfahren in Deutschland blieb der I. G. vorbehalten. Für die USA wurde 1930 eine neue Gesellschaft, die Hydro-Paten-Co. in Delaware, gegründet. Trotz der Weltkrisen schritten die Standard-Oil und die I. G. weiter auf dem Wege der Weltmachteroberung mittels ihrer Patente: es wurden Verhandlungen mit dem englischen Chemietrust und dem englischen Petroleumtrust, der Royal Dutch Shell, aufgenommen. „Im April 1931 erfolgte die Gründung jener Gesellschaft, die aller Welt die Oelerfindungen des Chemikerstabes der I. G. zur Verfügung stellen soll, die Gründung der „International Hydrogenation Patents Co. Ltd.“ (Wickel.) Sitz der Gesellschaft ist

Vaduz in Liechtenstein.

Ueber die Bedeutung dieser einzigartigen Gesellschaft schreibt Wickel:

„Die Gründung der International Hydrogenation ist zweifellos der großzügigste Versuch in der bisherigen Geschichte des Kapitalismus, die ganze Welt vermittels einer Reihe von Patenten auszubeuten. . . . Den beteiligten Trusts gibt diese internationale Patentgesellschaft natürlich eine ungeheure Macht in die Hände. Jede konkurrierende Oelgesellschaft ist, will sie nicht technisch hinterherhinken, auf die Lizenznahme angewiesen. . . . Diese monopolistische Macht wächst, je weiter die Forschung auf der gesicherten Grundlage fortschreitet. Da die Grundpatente in dieser Holdinggesellschaft liegen, ist gleichzeitig jede weitere Forschungsarbeit auf diesem Gebiete monopolisiert worden. . . . Man darf gespannt sein, welche Formen unter diesem neuen Aspekt der Kampf zwischen dem russischen Petroleum und den großen Trusts annehmen wird.“ Es handelt sich um „eine neue Etappe des Kampfes gegen Rußland . . . in der mit den Waffen der monopolisierten Wissenschaft eine der wichtigsten Positionen des Rätestaates berannt wird.“ (A. a. O., Seite 154f.)

des künstlichen Gummis. Beide Konzerne nehmen die gleiche Haltung gegenüber den Banken ein, von deren Einfluß sie sich ferngehalten haben. Das sichert ihnen auch jetzt in der Krise eine weitgehende Unabhängigkeit.

Diesen ungeheuren Machtpositionen der I. G. in der Welt entspricht ihr überragender wirtschaftlicher Einfluß in Deutschland.

Die I. G. ist nach der Reichsbahn und dem Stahlwerk der größte Kohlenverbraucher Deutschlands. Sie ist jedoch heute auch einer der größten Kohlenproduzenten Deutschlands. Ihre wichtigsten Werke sind unmittelbar mit der Braunkohlenproduktion verbunden.

Die rheinische Schwerindustrie hat den Versuch gemacht, von ihrer Kohlengrundlage aus eine eigene chemische Industrie aufzubauen: auf dem Gebiet der Kohlenverflüssigung (Verfahren von Professor Franz Fischer in Mülheim a. d. Ruhr) und der Stickstoffherstellung auf Zeche Mont Cenis. Auf dem Gebiete der Kohlenverflüssigung blieben die Erfolge unbefriedigend, und die Versuche der Stickstoffherstellung endeten damit, daß — nach jahrelangen Patentstreitigkeiten — im Juni 1930 dieses Stickstoffwerk von der I. G. aufgekauft wurde.

Die Monopolstellung der I. G. ist also auch in Deutschland überwältigend. Das gestattet ihr eine weitgehende monopolistische Preispolitik auf Kosten der Verbraucher. Aber das verschafft ihr auch einen überragenden Einfluß auf die gesamte deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für uns als Sozialisten ergibt sich gegenüber einer solchen monopolistischen Machtgruppe die Frage: Wie ist es möglich, dieses Monopol zu brechen, um die Ausbeutung der Konsumenten zu verhindern? Die Frage kann erst beantwortet werden auf Grund einer Analyse der Grundlagen des I. G.-Monopols. Hiermit wollen wir uns in einem weiteren Aufsatz beschäftigen. (Werner H. . . .)

Thüringens Ausfuhr nach den USA steigt.

Thüringens Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ist im zweiten Vierteljahr 1932 gestiegen. (Kein Druckfehler!) Besonders gilt dies für Spielwaren und Sportartikel. In der Glasfabrikation sind es die Gegenstände für chemische, pharmazeutische und medizinische Zwecke, deren Absatz nach den USA sich vergrößert hat. Nachstehende Tabelle des amerikanischen Konsulats Leipzig beleuchtet die neueste Entwicklung der thüringischen Ausfuhr:

	1. Viertelj. 1932	2. Viertelj. 1932
	Dollar	Dollar
Insgesamt	540 000	638 000
Davon:		
Holz- und Papiererzeugnisse	110 000	75 000
Glas und Keramik	162 000	171 000
Metallwaren	50 000	77 000
Optik	44 000	55 000
Spielwaren und Sportartikel	94 000	151 000
Maschinen	18 000	34 000

Viele schwätzen unentwegt davon, die deutsche Fertigungsausfuhr müsse ständig sinken. Dieses Geschwätz ist unehrentlich zur „Begründung“ der deutschen Agrarpolitik, wird also wohl kaum so bald verstummen. Um so wichtiger ist es, die Tatsachen zu kennen!

IRLAND

Der neueste Trick im Zollkampf: Die Iren werden gegenüber England Zölle erheben, die voraussichtlich einem Einfuhrverbot gleichkommen. Um den erwarteten Zollerhöhungen zuvor zu kommen, haben die Engländer rasch Ware nach Irland eingeführt. Die Iren geben wahrscheinlich folgende Antwort: Die Zölle werden auch rückwirkend erhoben, sodaß englische Waren, die in den letzten Tagen vor Inkrafttreten der Zollerhöhungen eingeführt wurden, ebenfalls den erhöhten Zollsätzen unterliegen.

DEUTSCHLAND

Walzisenproduktion: Nachdem ein erheblicher Teil der russischen Aufträge erledigt ist, ist die Walzisenproduktion erneut stark zurückgegangen. Sie betrug im

Juni 1931	562 000 Tonnen
Mai 1932	485 000 „
Juni 1932	385 000 „

Die arbeitstägliche Produktion ist vom Mai auf den Juni, da der Juni drei Arbeitstage mehr hatte, noch stärker zurückgegangen: von 21 100 Tonnen auf 14 800 Tonnen, also fast um ein Drittel. — Die Produktion von Eisenbahn-oberbaustoffen ist gegenüber dem Vorjahr von 76 000 Tonnen auf 18 000 Tonnen, also auf rund ein Viertel gesunken.